

Die Linke  
und der  
Osten!

e



*Die Linke  
und der  
Osten!*





# Inhalt

- 2 Die Linke und der Osten: linke emanzipatorische Politik in Ostdeutschland, aber wie?
- 6 linXXnet – Unsere Thesen zum Thema
- 8 Wem gehört der Osten?
- 10 Thesen zur politischen Ökonomie Ostdeutschlands und rechtem Autoritarismus
- 13 Ostdeutsche sind nicht alle weiß. Migrantische Perspektive des Ostens auf den Osten
- 15 Männer aus Stahl und süße Plüschproleten – Ostdeutsche Erfahrungen in der populären Musik



# Die Linke und linke emanzipatorische in Ostdeutschland,

Die gesellschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland sind auch über 30 Jahre nach der Wende andere als in Westdeutschland. Die krassen Erfahrungen ökonomischer Umwälzung, Enteignung und Delegitimierung von Lebenswegen und -erfahrungen einerseits, ein Mangel an Demokratieerfahrungen und weit verbreitete menschenfeindliche Einstellungen andererseits, prägen den Osten bis heute und werden es noch lange tun.

Der Umgang mit dem Osten und den Menschen im Osten ist weiterhin ein großes Thema von Wissenschaft und Politik. Insbesondere extrem rechte Akteure beziehen sich auf 1989 und adressieren eine Ostidentität, um gegen Marginalisierte zu hetzen.

DIE LINKE hat keine Antworten, wie mit Forschungsergebnissen zu und Beschreibungen von Ostdeutschland umgegangen werden soll. Ihre Relevanz im Osten sinkt und ihre Antworten auf die Brüche in Ostdeutschland bleiben unterkomplex.

Wir wollen eine Debatte führen, um Antworten näher zu kommen und eine Basis für eine kluge Ostdeutschlandpolitik von links zu entwickeln, eine, die den verschiedenen Facetten von Vergangenheit und Gegenwart gerecht wird. Dazu haben wir am 8. September 2023 eine Panel-Diskussion veranstaltet, deren Beiträge wir hier publizieren. Auch die Thesen unseres linXXnet-Kollektivs sind nachzulesen.

Im Rahmen einer offenen Debatte beim linXXnet-Stammtisch haben wir weiter diskutiert und dokumentieren am Ende dieses Readers die verschiedenen Ansätze dieser Debatte.

Für uns ist die Diskussion um einen linken Umgang mit dem Osten damit keinesfalls abgeschlossen. Wir freuen uns auf Rückmeldungen und Meinungsbekundungen!

Am 8. September luden wir zu einer Panel-Diskussion zum Thema „Ostdeutschland und die Linke“ ein. In vier interessanten Inputs beleuchteten Dominik Intelmann, Katalin Gennburg, Lena Saniye Güngör und Jonas Brückner Gegenwart, Vergangenheit von und Projektionen auf Ostdeutschland und machten Vorschläge für eine progressive Auseinandersetzung und politische Ansätze für Ostdeutschland.

Dominik näherte sich in Thesen der Geschichte der Enteignung der Ostdeutschen. 85% des ostdeutschen Volkseigentums an Produktivkräften wurden an westdeutsche und weitere 10% an ausländische Privateigen-



# der Osten: sche Politik aber wie?

tümer\*innen verkauft bzw eher verschenkt. Die Industrie wurde zu großen Teilen platt gemacht und Millionen Menschen arbeitslos. Die Wunden sitzen tief und die strukturellen Probleme im Osten sind längst nicht beseitigt, trotz und mit massiver Transferleistungen in den Osten: Während vielfältig alimentiert wurde und wird, fehlt dem Osten die eigene ökonomische Kraft. Konzerne siedeln sich im Osten nur mit Produktionsstätten an (Ostdeutschland ist Niedriglohnland in Deutschland), die Sitze sind im Westen oder außerhalb Deutschlands, damit fehlen auch ostdeutschen Kommunen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer. Ostdeutschland fungiert als verlängerte Werkbank des Westens.

Die Ohnmacht ist weiterhin groß, Perspektiven auf nachholende Gerechtigkeit werden kleiner. Handlungsfähigkeit wird heute im Osten zu großen Teilen jedoch über restriktive Muster, in Form rechter Mobilisierungen generiert. Ziel emanzipatorischer linker Politik sollte es sein, eine „verallgemeinerte Handlungsfähigkeit“ zu schaffen im Sinne einer Veränderungsbereitschaft, die über das Bestehende hinaus weist, aus unserer Sicht also die Eigentumsfrage stellen muss.

[www.2016.ferienuni.de/artikel/erweiterung-oder-verallgemeinerung-der-handlungsfähigkeit/](http://www.2016.ferienuni.de/artikel/erweiterung-oder-verallgemeinerung-der-handlungsfähigkeit/)

In dieses Horn blies auch Katalin mit ihrem Fokus auf Eigentumsverhältnisse und Klassenbewusstsein im Osten. Gerade im Immobiliensektor bildet sich der Ausverkauf ostdeutschen Gemeineigentums ab: hier lässt sich anknüpfen und Bewegung für die Wiedererlangung der Verfügungsgewalt schaffen. Die ökonomischen Gräben zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen sind groß. Während die einen fast natürlicherweise erben, stehen die anderen als Kinder einer besitzlosen Klasse da. Viele Phasen der Nachwendezeit sind noch nicht ausreichend aufgearbeitet. Es braucht ein ostdeutsches Klassenbewusstsein.

Lena machte die Perspektive ostdeutscher Migrant\*innen stark, die in all den Jahren und auch heute noch in der Aufarbeitung der DDR-Geschichte und der Wende vergessen werden, obwohl sie fester Bestandteil dessen waren und doppelt deklassiert sind: Als Ostdeutsche, aber auch und gerade als Migrant\*innen bzw. migrantisierte Personen in Ostdeutschland. Die Linke kann und muss die Erfahrungen und Belange von ostdeutschen Menschen mit Migrationsbiografie aufnehmen und stark machen. Eine andere politische Akteurin ist dazu gar nicht in der Lage.

Jonas rundete die Inputs mit einem Blick auf Ostdeutschlandbilder in der Popkultur ab. Ostdeutsche Perspektiven in der Musik sind häufig von Krisen und Problemen geprägt. Lieber Finger weg von „ostdeutscher Identitätspolitik“, mahnte er vor allem mit Blick auf überlegenheitszentrierte und männlich geprägte Ostdeutschlandbilder, die an rechte Narrative anknüpfen. Es braucht die normbrechenden Perspektiven, die reflektierenden, suchenden und verbindenden Ansätze, kein dumpfes Imitieren eines vermeintlich homogenen „Ostdeutschen“.

In der Diskussion ging es heiß her. Die Positionen changierten vom Infragestellen emanzipatorischer Potentiale aus der ostdeutschen Erfahrungswelt und Ohnmachtsperspektiven bis hin zu Plädoyers, endlich zu beginnen von der Basis her, wie z.B. ostdeutsche Arbeitskämpfe, politisch zu unterstützen und zu helfen, diese zuzuspitzen. Weg von dem Gerede über Angleichung des Ostens an den Westen, Schluss mit dem „Jammerossi“-Tum, hin zu eigenen Entwürfen für eine linke Erzählung und linke Kämpfe in Ostdeutschland.

### DIE INPUTS NOCH EINMAL ALS VIDEO

**Dominik Intelmann:**

[youtu.be/o8uRXHCEKkQ?si=HNYkC8EGxQfX74jl](https://youtu.be/o8uRXHCEKkQ?si=HNYkC8EGxQfX74jl)



**Katalin Gennburg:**

[youtu.be/Mc8EDH5oH-0?si=jUiv49zOKbQhcd3A](https://youtu.be/Mc8EDH5oH-0?si=jUiv49zOKbQhcd3A)



**Lena Saniye Güngör:**

[youtu.be/yanwP\\_jhPjU?si=hJG2V-ga6pXKcM88](https://youtu.be/yanwP_jhPjU?si=hJG2V-ga6pXKcM88)



**Jonas Brückner:**

[youtu.be/7BhcS9FwjU?si=yjppLDQTEwx2xglKç](https://youtu.be/7BhcS9FwjU?si=yjppLDQTEwx2xglKç)



Am 6. Oktober lud das linXXnet zum Stammtisch ein, um die begonnene Debatte über Die Linke und den Osten fortzuführen. Der Stammtisch ist ein Format, in dessen Rahmen locker und zwanglos über Themen gesprochen werden kann.

In der Einstiegsrunde wurde von der jüngsten Teilnehmerin die Erfahrung geteilt, dass „linke Jugendliche“ keine Ostidentität hätten, diese sogar bewusst ablehnten.

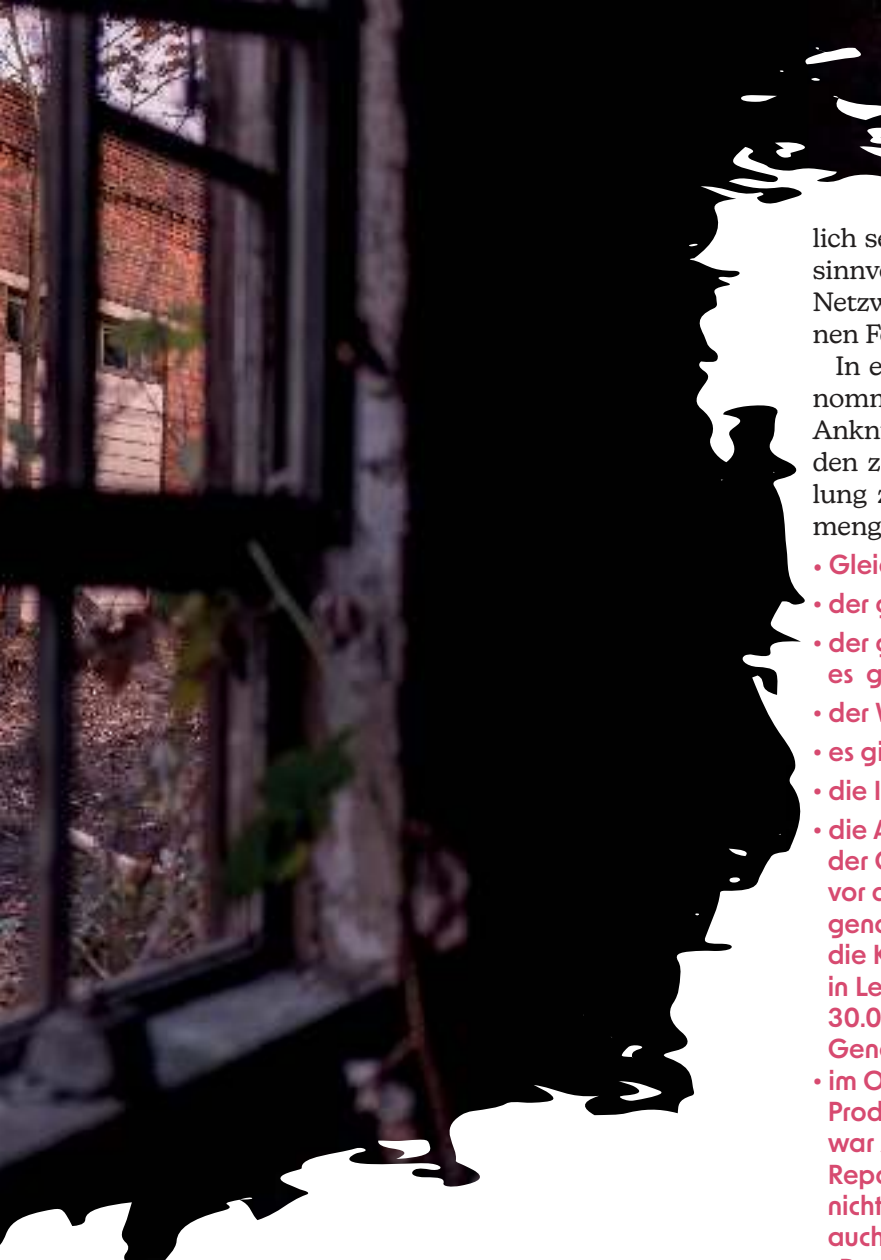


Auch weil andere, rechte Jugendliche und Erwachsene durch Bekleidung und Fahnen „OSTDEUTSCHLAND“-Identität zeigen. Sie habe niemals in der DDR gelebt und könne daher keine DDR-Identität aufbauen. Sie sähe zudem 33 Jahre nach der Vereinigung auch keine Unterschiede zwischen Ost und West mehr.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde allerdings klar, dass es nicht nötig ist, in der DDR gelebt zu haben oder groß geworden zu sein, um eine spezifische Ostidentität zu entwickeln. Auch die jüngste Teilnehmerin kam zur Position: der Osten ist doch noch anders. Die Diskussion drehte sich also zunächst um die Frage: Was ist anders?

Anders als im Westen ist vor allem die ökonomische Situation: geringeres Erbe, geringeres Eigentum, andere Besitzverhältnisse. Das betrifft Häuser, Wohnungen, Bauland und Produktionsanlagen. Zunehmend ist das auch bei landwirtschaftlichen Flächen der Fall. Konzerne siedeln sich im Osten nur mit Produktionsstätten an, die Konzernzentralen sind in der Regel im Westen oder außerhalb Deutschlands. Damit fehlen z.B. ostdeutschen Kommunen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer. Ostdeutschland fungiert nur als verlängerte Werkbank des Westens. Zudem sind die ostdeutschen Bundesländer Niedriglohnländer. Die negativen Folgen der Transformation und der Treuhand sitzen tief und die strukturellen Probleme im Osten sind längst nicht beseitigt. Trotz massiver Transferleistungen fehlt dem Osten die eigene ökonomische Kraft.





Es gibt aber bei weitem nicht nur negative Unterschiede zwischen Ost und West, die sich an einem „zu wenig“ zeigen. Dazu gehören die utopische Potentiale Ostdeutschlands. Nicht nur die Ideen von demokratischem Sozialismus und libertärem Kommunismus sind noch wach, auch das Bewusstsein, dass eine Veränderung des Gesellschaftssystems möglich ist. Auch die Erinnerung an die Ideen der Wendezeit ist noch abrufbar. Die „Anrufungen“ von „Wende“ und „1989“ sind zur Zeit oft autoritär, müssen es aber nicht zwangsläufig sein.

Für einen anderen Teilnehmer ist der „Westen“ generell nicht das Ziel oder das Vorbild für den „Osten“. Nicht für die Menschen, die hier leben, und schon gar nicht für die ostdeutsche Linke. Wir müssen uns eigene Ziele stellen. Dazu sollten wir das linke, utopische, basisdemokratische Potential des Umbruchs von 1989 nutzen, das sich von der parlamentarischen Demokratie in der BRD unterscheidet. Als Beispiel nannte er Ideen und Modelle, die in der „Wendezeit“ 89/90 vom linken Teil der Bürger\*innen-bewegung in Berlin erarbeitet wurden, z.B. von „Vereinigte Linke“, „Unabhängiger Frauenverband“, „Demokratie Jetzt“ etc.

Fundgruben dafür seien der Verfassungsentwurf des Runden Tisches und die Reden auf der größten Kundgebung der DDR am 4.11.89 auf dem Alexanderplatz in Berlin. Die Initiative Aufbruch Ost habe zusammen mit dem Haus der Demokratie und Menschenrechte in Berlin die damaligen, aber noch aktuellen, Ideen ausgegraben und diskutiert. Warum sollte das in Leipzig nicht auch mög-

lich sein? Daran an schloss sich seine Frage, ob es nicht sinnvoll sei, eine eigene Ost-Linke als Strömung oder Netzwerk in der Partei mit eigenem Programm undeutlichen Forderungen zu gründen?

In einem anderen Strang der Diskussion wurde angenommen, dass eine positive Ost-Identität durch positive Anknüpfungspunkte entstehen könne. Auch diese würden zeigen, was anders war und ist. Um diese Feststellung zu untermauern wurden folgende Punkte zusammengetragen:

- Gleichstellung
- der gender-pay-gap ist kleiner
- der gender-gap bei Arbeit in Teilzeit ist kleiner, d.h. es gibt eine höhere Beschäftigungsquote von Frauen
- der Waffenbesitz pro Kopf ist geringer
- es gibt deutlich weniger Gläubige
- die Impfquote ist höher
- die Anzahl der Genossenschaften und der Mitglieder der Genossenschaften ist hoch. Hierbei handelt es sich vor allem um Wohnungsgenossenschaften und Agrar-genossenschaften, (als Beispiele wurden hier auch die Konsumgenossenschaften genannt. So existiert in Leipzig noch eine KONSUM-Genossenschaft mit 30.000 Mitgliedern, in Dresden eine KONSUM-Genossenschaft mit über 20.000 Mitgliedern)
- im Osten besteht die kollektive Erfahrung, dass Produkte auf Langlebigkeit hergestellt werden, das war Ziel unter anderem von Standardisierung: die Reparatur von Produkten sollte so erleichtert werden, nicht nur beim berühmten Rührgerät RG 28, sondern auch bei Fahrrädern von MIFA und Diamant
- „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ als Beispiel für Enteignung und Vergesellschaftung
- Wahlrecht für Migrant\*innen nach 2 Jahren Aufenthalt in der DDR (1990 eingeführt und bei der ersten demokratischen Kommunalwahl auch angewendet)
- günstiger ÖPNV

Als gegenteilige Position wurde folgender Ansatz vertreten: Nicht Ostidentität sollte der Kerngedanke der Strategie der Partei Die Linke bei den Landtagswahlen sein, sondern Stabilität. So sei die Möglichkeit in seiner Wohnung und seinem Viertel dauerhaft bleiben zu können, ein Beispiel für Stabilität. Ebenso der Erhalt des Arbeitsplatzes oder der Erhalt der Umwelt und eines stabilen Klimas. Diesen Ansatz gelte es weiter auszubauen. Das Leben muss bezahlbar bleiben. Die Schere von Arm und Reich dürfe nicht weiter auseinander gehen.

### WIR MÖCHTEN GERN DIESE ANSÄTZE WEITER MIT EUCH DISKUTIEREN:

Welche Unterschiede gibt es zwischen Ost und West?

Warum sind diese oft nicht sichtbar?

Welche positiven Anknüpfungspunkte gibt es für eine linke Ostidentität?

Welche Ideen aus der DDR und speziell der Wendezeit können für uns fruchtbar sein?

Ist eine eigene Ost-Linke notwendig?

Sind Ostidentität und Stabilität Gegensätze?



# LinXnet Unsere Thesen

Um uns dem Thema zu nähern, hatten wir theseartig festgehalten, was und worüber wir diskutieren wollen. So sollten unsere Thesen vor allem den Gegenstand abstecken und zuspitzen, um in eine fruchtbare Debatte zu kommen. Hier sind sie:

## THESE 1: ÖKONOMISCHE UNGLEICHHEITEN UND GESELLSCHAFTLICHE FOLGEN

Einerseits sind die gesellschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland andere als in Westdeutschland:

Die Folgen der Eingliederung der DDR, bspw. die entstandene Arbeitslosigkeit im Zuge der Deindustrialisierung des Ostens nach 1990, sind heute immer noch spürbar; ablesbar an der Zahl der Langzeitarbeitslosen, dem Altersschnitt oder der Abwanderung. Die Eigentumsverhältnisse im Osten sind anders gelagert, zugespitzt formuliert: Der Osten gehört dem Westen (Immobilien, Firmen, Kapital). Die (fehlenden) Demokratieerfahrungen im Osten, weit verbreitete autoritäre und rassistische Einstellungen und rechte bis hin zu neonazistischen Mobilisierungen - kombiniert mit der Abwesenheit staatlicher Ordnungssysteme in den Jahren nach der Wende - wirken ebenfalls bis heute nach und werden dies noch lange tun.

Dies wird oft negiert, bzw. werden spezifisch ostdeutsche Erfahrungen nicht ernst genommen. Diese Erfahrungen aber sichtbar zu machen, mussten (und müssen) sich Ostdeutsche erkämpfen, auch dann, wenn sie die Kategorie „Ostdeutsch“ gar nicht als Teil ihrer Identität für sich herausstellen wollen.

Andererseits wollen diverse Apologet\*innen ostdeutscher Identität diese zu einer Art Ethnie erweitern. (Hier seien nur einige Stichworte genannt, die in den letzten Jahren diskutiert wurden: „Ostdeutschlandforschung“, „Ossiquote“, „Diskriminierung von Ostdeutschen“; die Debatte um die Studie von Prof. Dr. Naika Foroutan: Ost-Migrantische Analogien (Vergleich der Erfahrungen von Ostdeutschen und Migrant\*innen))

## THESE 2: SPEZIFISCH OSTDEUTSCHE BIOGRAPHISCHE ERFAHRUNGEN

Nach 1990 kam es zu gesellschaftlichen und biografischen Umwälzungen in Ostdeutschland, die bis heute andauern oder Auswirkungen haben. Kategorien wie Arbeit, Wohnen, Schule, Familie, Studium und persönliche Erwartungen an die Zukunft waren von heute auf morgen anderen Prinzipien unterworfen. Betriebe wurden privatisiert und in der Regel danach geschlossen, während Betriebsangehörige nicht die Chance hatten, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Studienabschlüsse wurden nicht anerkannt, Menschen aus ihren Berufen ausgeschlossen. Viele mussten andernorts Arbeit suchen, da in der Folge in Ostdeutschland nach 1990 Massenarbeitslosigkeit herrschte.

Wohnhäuser wurden verkauft, doch die Bewohner\*innen hatten nicht das notwendige Kapital, um selbst zu kaufen. So verlagerten sich Besitzverhältnisse in den Westen. Die Lebensarbeitszeit Ostdeutscher wird auch heute nicht komplett anerkannt und das spiegelt sich in schlechteren Renten wider.

### THESE 3: DIE LINKE UND DAS ERBE DER SED

Die Linke hat das Erbe der SED übernommen, da die PDS eine der Parteien war, die Die Linke mitbegründet hat. Eine Kritik der DDR aus der Sicht von demokrati-

### THESE 5: OSTDEUTSCHE IDENTITÄTSPOLITIK VON RECHTS - UND LINKE ANTWORTEN?

Eine ostdeutsche Identität wird derzeit von AfD bis CDU beschworen, um Autoritarismus und Rassismus in Ostdeutschland zu verharmlosen und nicht über Ungleichheiten reden zu müssen. Sie beziehen sich auf die Biografien der sogenannten „Wendeverlierer\*innen“, um gegen Marginalisierte zu hetzen (AfD) oder um menschenverachtende Einstellungen zu relativieren und damit auch vom eigenen politischen Versagen abzulenken (CDU). Rechte „Bewegungen“ berufen sich auch auf 1989, um autoritäre Umsturzphantasien zu propagieren.

# zum Thema

schon Sozialist\*innen ist deshalb in der ostdeutschen Linken wichtig. Hier ist auch davon zu reden, dass die DDR kein sozialistisch-libertärer oder „guter Staat“ war. Staat und Gesellschaft in der DDR waren geprägt von autoritären Hierarchien und Abhängigkeiten, Vassallentreue und Schwarz/Weiss- bzw. Freund/Feind-Denken.

Die Linke hat in Ostdeutschland Wahlergebnisse wie eine Volkspartei bekommen. Die meisten Abgeordneten der Linken kommen also aus Ostdeutschland, das ist ein Spezifikum unserer Partei. Für Die Linke war (und ist) der Osten das Fundament.

### THESE 4: WER SPRICHT ÜBER DEN OSTEN?

Das Verständnis der Generation, die die Wendeerfahrung durch ihre Eltern vermittelt bekam, aber die Wende nicht selbst durchlebt hat, ist ein anderes als jenes der Eltern. Kategorien wie Arbeit, Wohnen, Schule, Familie, Studium und individuelle Erwartungen an die Zukunft haben sich für diese Generation nicht von heute auf morgen verändert, aber sie wissen dennoch, dass vieles anders ist als vor 1990.

Ostdeutsche Eigentumsverhältnisse, Arbeitskämpfe, Kämpfe um Erinnerungen und Erfahrungen und die Frage, wer wie über den Osten und die DDR redet, werden inzwischen auch von Akteur\*innen beschrieben und erforscht, die unter 40 Jahre alt sind.

Die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, als politische Antwort auf z.B. die Pogrome in Rostock oder Hoyerswerda, waren prägend für rechte „Karrieren“ in Ostdeutschland.

Gern machen Rechte dies zu einem Teil der ostdeutschen Identität. Doch damit wird unter anderem negiert, dass es auch linke und antirassistische Aktivist\*innen gab und gibt, die bereits zur Wende aktiv waren. Bis heute wird auch kaum thematisiert, dass auch Faschist\*innen bei den Montagsdemos anzutreffen waren.

### THESE 6: WIE REAGIEREN WIR AUF RECHTE IDENTITÄTSANGEBOTE?

Die Linke hat keine Antworten, wie mit Forschungsergebnissen zu und Beschreibungen von Ostdeutschland umgegangen werden soll. Was sind Lösungsansätze, um die Probleme anzugehen? Wie geht Die Linke damit um, dass Faschist\*innen eine Ostidentität beschwören, aber nicht, um Ungleichheiten zu beseitigen? Wie geht man mit den Menschen um, die quasi nach Beherrschung schreien, die selbst Biografiebrüche und Abwertungserfahrungen haben, dies aber nicht als Moment der Empathiefähigkeit nutzen, sondern um Marginalisierten und Vereinzelteten mindestens das anzutun, was auch ihnen angetan wurde, oder was sie glauben, was ihnen hätte angetan werden können?



# Wem gehört der Osten?

Von Katalin Gennburg (Abgeordnete im Abgeordnetenhaus von Berlin (Die Linke), geb. 1984)

Daniela Dahn fragte 1994: „Wem gehört der Osten“, und wies auf die Umverteilung des vormaligen Volkseigentums der DDR-Bürger\*innen und die faktische Enteignung der Ostdeutschen durch die mit der Vereinigung beschlossenen Restitutionsgesetze und etliche Anschlussgesetze hin. Schon in den 90ern war unübersehbar, wie sich dieses Eigentum an Grund und Boden in die Hände von zwielichtigen Gestalten und vor allem Westdeutschen verschob und dadurch die massenhafte Vertreibung von Menschen einsetzte - allen voran in Metropolregionen und eben auch durch die Verödung ländlicher Regionen. Als Erbe von Treuhänderpolitik, Privatisierungen und Ausverkauf ist und bleibt seit 30 Jahren dieselbe Frage bestehen: Wem gehört der Osten? Wer hat den Osten gekauft, wenn nicht die Ostdeutschen!? Wer sind die großen Akteure auf dem ostdeutschen Wohnungsmarkt, wer die Immobilienfirmen und wer die Miteigentümer? Wie viel Geldwäsche findet sich in den Ruinen der früheren volkseigenen Betriebe, den leerstehenden Innenstädten, und welches Geld in Äckern, Böden und Bauten landauf und landab?

Wir brauchen ein transparentes Leerstands- und Immobilienkataster, ja einen Atlas für den Osten!

Geboren in Weißenfels, bin ich auch ehrlich froh, dort im Teenageralter weggekommen zu sein. Die leeren Fabriken, die Tristesse, die Traumata einer Kindheit in einer zerfallenden Gesellschaft. In meiner Jugend dort habe ich erlebt wie zuerst massenhaft Leute wegzogen, der Arbeit hinterher, und eine Gesellschaft zerriss; wie Menschen scheiterten, Kinder die wie selbstverständlich in den Ruinen der traditionsreichen Produktionsstädten spielten. Klassenkamerad\*innen starben im zarten Alter von 14 Jahren an Überdosen Heroin und bei Diskobesuchen wurden Waffen verteilt, weil ein Naziübergriff drohte - eine Kindheit in Ostdeutschland.

Ich hab lange versucht, das zu verdrängen - inzwischen aber bin ich selbstbewusst wütend.

Früher war Weißenfels bekannt für Agrar-, Trommel-, Schuh- und Chemische Industrie und heute nur noch dafür, einen der größten Schlachthöfe Europas zu haben. Die Innenstadt von Weißenfels ist komplett verlassen, aber die Häuser stehen de facto nicht zum Verkauf. Einige der zerfallenden Mittelalterbauten werden für utopische Preise angeboten, und andere verfallen einfach und werden der Stadt und den Menschen für eine lebendige Nutzung entzogen. Ich habe nachgefragt, was der „Goldene Hirsch“ - ein Tanzsaal und Konzertraum mit sehr langer Vergangenheit und in nächster Nähe zum Schloss - heute kostet. Er steht leer und verfällt, während meine Erinnerungen an die Querflötenkonzerte der Musikschule in meiner Kindheit, samt meiner Aufregung von damals im vollen Saal, noch sehr präsent sind. Der Stadtplanungsamtsleiter von Weißenfels, der utopische Preise für diese historischen Denkmale und Innenstadtgebäude verarmlos, will offenbar, dass man das nicht skandalisiert sondern „den Markt“ arbeiten lässt. Aber für wen und mit wem will man den spekulativen Grundstücksmarkt und die Immobilienspekulant\*innen in einer Kleinstadt zwischen Merseburg und Leipzig arbeiten lassen? Aus Hannover eingeflogen wurde dieser Wessi Stadtplanungsamtsleiter und ich würde ihn zu gern mal kennenlernen.

Die Ostdeutschen (Klein-/Mittel-)Städte sind Magnet für kriminelles Kapital. Immobilien sind ideal als Anlage für kriminelle Gruppen. Und die Menschen, die in diesen Orten leben, leiden dann darunter, Häuser verfallen, und keiner kann was tun, weil die Verwaltungen nicht willens und nicht in der Lage sind, diese zu kaufen bzw. sich Konzepte auszudenken/umzusetzen, wie diese Städte belebt werden könnten. Deswegen halte ich es für notwendig, darüber nachzudenken ostdeutsche Innen-



# rent?

städte zurückzuerobern, für die Menschen zurückzugewinnen und meinetwegen auch zu besetzen. Denn wenn Stadtplanungsamtsleiter\*innen-Posten in ostdeutschen Kleinstädten wie auch die wenigen machtvollen Leitungspositionen, die die Kommunen haben auch noch, mit willenslosen Wessis besetzt sind, gibt es in diesen Verwaltungen auch niemanden, der an verwaisten Innenstädten etwas ändern will. Das müssen wir dann schon selber machen, denn die Stadt gehört den Menschen.

Es ist doch verrückt: In Berlin werden Milliarden ausgegeben, um Fantasiegebilde wie das Schloss aufzubauen, und in den Ostdeutschen Städten außerhalb des Speckgürtels und der großen Städte, stehen die Innenstädte leer. Welches Geschichtsbewusstsein soll diese Politik abbilden? Eine organisierte Traurigkeit, der wir etwas Hoffnungsvolles entgegenstellen müssen. Enteignen, besetzen sind Möglichkeiten die mir einfallen. Geben wir die Städte den Menschen zurück - vielleicht gibts ja auch noch andere Ideen...

Ich schlage zum hier diskutierten Thema „Strategie Ostdeutschland“ auf die Eigentumsfrage bezogen vor: Eine Recherche WEM gehört der Osten. Sie soll die Menschen vor Ort politisieren und vielleicht Menschen von vor Ort einbeziehen und damit an historisches Wissen der Menschen vor Ort anknüpfen. Wir sollten den Leerstand markieren und nach den Krisenprofiteuren fragen - in Berlin und in Weißenfels. Die Produktionsgrundlagen der kapitalistischen Stadtverwertung in Frage zu stellen heißt zu fragen: Wem gehörte dieses und jenes einmal? Wer hat es gekauft und was ist die Geschichte dazu und welche Kämpfe haben stattgefunden?

Wir können Debatten aus OSTBerlin für ganz Ostdeutschland ausweiten und zuspitzen. Der Ausverkauf Ostberlins ist eben kein Einzelfall, sondern flächendeckendes Phänomen in Ostdeutschland.

Das Funkhaus Ost, das Prunkhaus in der DDR, wurde für eine Mark an einen Spekulanten verkauft und seitdem immer wieder teuer verkauft. Die Grundstückspreise sind heute nicht nur bei diesem Grundstück astronomisch und aktuell soll dort ein gigantisches Gewerbequartier am Wasser entstehen, das niemand braucht! Spekulanten aus aller Welt, kriminelles Kapital von Oligarchen und Despoten - Hand in Hand für Prunkbauten, die unsere Mieten hochtreiben und uns vertreiben.

## **DAGEGEN WEHREN WIR UNS UND DESHALB STELLEN WIR DIE EIGENTUMSFRAGE.**

Denn: das materielle Gefüge - der Ausverkauf des Ostens - beeinflusst unsere Handlungsmacht. Und das nicht zum Guten, wie die starken Ergebnisse für reaktionäre und faschistische Parteien und Bewegungen im Osten zeigen. Wir brauchen emanzipatorische Handlungsmacht, und dass Wissen um die Eigentumsverhältnisse im Osten könnte eben das ermöglichen,, um zu den nächsten Schritten überzugehen: Enteignen, besetzen, oder andere und weitere Schritte zur sozialen Entwicklung Ostdeutschlands und für eine Gesellschaft der Vielen. Und das gilt nicht nur für Ostberlin, sondern eben für den gesamten Osten.

Ich möchte, dass Die Linke die Abrissbirne der rechten Kapitalfraktion ist; in Ost und West. Wir müssen die Systemfrage als eine Eigentumsfrage stellen und aufzeigen, wie die ungerechte Vermögensverteilung uns tagtäglich gegenübertritt und uns spaltet.

Wem gehörte der Osten früher und wem gehört er heute? Und diese Frage müssen wir emanzipatorisch fokussieren. Und antworten: Reclaim the streets, holen wir uns die Stadt zurück!

# Thesen zur polit- ökonomie Ostdeutschlands und rechtem A

Von Dominik Intelmann (Humangeograph, Goethe-Universität Frankfurt/Main)

Eine neue „Ostdebatte“ ist mit dem Buch „Der Osten: eine westdeutsche Erfindung“ von Dirk Oschmann seit 2023 in Gang gekommen. Dabei wird allseits Bekanntes über die Unterrepräsentation Ostdeutscher, ihre mediale Darstellung, aber auch über die Eigentums- und Machtverhältnisse in Ostdeutschland zusammengetragen. Der Erfolg des Buches hat viel mit der derzeitigen regionalen Stimmungslage zu tun, jedoch auch mit dem, was als Affektbewirtschaftung bezeichnet werden kann: Verbreitete Enttäuschungs- und Frustrationsgefühle werden teils auf den Begriff gebracht, teils wird ihnen schlicht als Affekt Raum gelassen. Damit kann unmittelbar an ein verbreitetes Alltagsbewusstsein angeschlossen werden, in dem Affekte und Wissensbestände widersprüchlich nebeneinander stehen.

Im Folgenden sollen die bekannten Marginalisierungserfahrungen der Ostdeutschen in eine polit-ökonomische und sozialpsychologische Kurzanalyse eingeordnet werden..

Ostdeutschland ist eine periphere Teilgesellschaft innerhalb des ökonomischen Machtzentrums Europas. Ihren peripheren Charakter hat sie nicht zuletzt aufgrund einer räumlichen Neuordnung der Eigentumsverhältnisse nach 1989, bei dem die Kontrolle über die maßgeblichen, ehemals „volkseigenen“ Produktionsmittel, große Teile des Bodens sowie städtischer Immobilien an westdeutsche Privateigentümer:innen übereignet wurden – 85% der DDR-Produktionsmittel gingen demnach an westdeutsche, 10% an internationale und 5% an ostdeutsche Eigentümer:innen. Diese Eigentumsverhältnisse erweisen sich bis heute durch Vererbung und Kapitalkonzentration als äußerst stabil. Eine von Teilen der ostdeutschen Bevölkerung und politischen Eliten herbeigesehnte lokale Bourgeoisie existiert gegenwärtig nur am Rande.

Aufgrund dieser verräumlichten Eigentumsverhältnisse ist Ostdeutschland seit 1990 von kontinuierlich fließenden öffentlichen Transfers abhängig: Gewinne (z.B. Mieteinnahmen, Erlöse von Windkraftanlagen etc.) fließen an die Sitze der Eigentümer:innen zurück. Eine „selbsttragende“ Entwicklung ist kaum möglich. Mehr noch, die Transfers, die die Strukturschwäche der kommunalen Haushalte ebenso wie die überdurchschnittliche Bedürftigkeit der Menschen in Ostdeutschland ausgleichen sollen, stellen eine Umverteilung von unten (da die Transfers aus Steuermitteln herkommen) nach oben (da die Konsumausgaben in Ostdeutschland an die Eigentümer:innen bspw. der Mietwohnungen zurückfließen) dar.

Ostdeutschland ist damit auch zu einem Raum der Externalisierungen geworden, in dem die Prozesse ausgelagert werden, die im Zentrum nicht (mehr) möglich bzw. rentabel sind. Neueste Ansiedlungen wie die Chipfabrik von Intel in Magdeburg oder Tesla in Brandenburg nutzen Ostdeutschland als Gunstraum für geopolitische Strategien und setzen dabei auf eine wenig widerständige und schwache Zivilgesellschaft, tendenziell niedrigere Lebenshaltungskosten, schwache Gewerkschaften bei gleichzeitig guter öffentlicher Infrastrukturausstattung. Damit lässt sich Ostdeutschland als Raum eines „peripheren Kapitalismus“ verstehen, mit dem der Konfliktforscher Dieter Senghaas in den 1970er-Jahren die Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Peripherien und (westlichen) Metropolen bezeichnete. In dieser Hierarchie kommt ihnen die Funktion zu, „als Anlagesphäre für Kapital,[...] Auslagerungsstätten für die in den Metropolen nicht mehr rentabel arbeitenden Branchen [...], und [...] als Arbeitskrätereservoir“ zu fungieren (Senghaas 1974, 27f.).

# Politischen Deutschlands Autoritarismus

Abhängigkeit ist zugleich das Strukturprinzip, das viele gesellschaftliche Bereiche in Ostdeutschland charakterisiert; die maßgeblichen ökonomischen als auch gesellschaftlichen Prozesse werden extern entschieden und sind vor Ort nicht demokratisch verhandel- und kontrollierbar. So sind ostdeutsche Städte in einem erhöhten Maße von Zuweisungen der Landes- und Bundesebene abhängig und damit von politischen Entscheidungen, die anderswo gefällt werden; Arbeitskämpfe in den verlängerten Werkbänken des Ostens erscheinen aus der Perspektive Lohnabhängiger häufig als ein „negotiating with ghosts“ [„verhandeln mit Geistern“] (Massey 1983, 79), da die Entscheidungsträger:innen in den fernen Unternehmenszentralen sitzen; die verwehrte Teilhabe an Eigentumstiteln (und deren Folgen) sedimentiert sich in der kollektiven Erfahrung blockierter Biographien, geringer Aufstiegschancen und eingeschränkter Teilhabe.

Gleichwohl ist nicht nur Abhängigkeit als ostdeutsches Strukturprinzip zu konstatieren, sondern ebenso (Transfer-)Versorgtheit: Die öffentlichen Transfermittel, die einen Lebensstandard und öffentliche Infrastrukturen ermöglichen, die nicht mit der Wirtschaftsleistung Ostdeutschlands zu finanzieren wären, haben einen eminent politischen Charakter.

Mit ihnen soll seit 1990 die fragile ostdeutsche Gesellschaft befriedet werden. Doch die Kohäsionskräfte der widersprüchlichen Konstellation von Abhängigkeit und Versorgtheit, die lange Jahre die gesellschaftliche Unwucht mehr schlecht als recht bändigen konnten, reichen nun nicht mehr aus: Die „narzisstische Plombe“, aus der Distanz am (west-)deutschen Wohlstand teilhaben zu können, löst sich; eine autoritäre Dynamik kommt in Gang (vgl. Decker et al. 2014, 65f, 70f).

Die ideologischen Verarbeitungsformen vieler Ostdeutscher beziehen sich auf diese komplexe, über Eigentumsverhältnisse vermittelte Abhängigkeit, ebenso wie auf (die paternalistische Form der) Versorgtheit: Die im Vergleich zu Westdeutschland überdurchschnittlich verbreiteten Empfindungen von Fremdbestimmtheit, (politischer) Ohnmacht, oder nicht den „gerechten Anteil“ zu erhalten, können in eine Konstellation gebracht werden mit ökonomisch vermittelten Deprivationserfahrungen.

Nicht notwendigerweise müsste diese Verarbeitungsform eine autoritäre Gestalt annehmen. Dem kritischen Sozialpsychologen Klaus Holzkamp zufolge gibt es für die Individuen in den gegebenen, fremdbestimmten Verhältnissen eine doppelte Möglichkeit, Handlungsfähigkeit herzustellen: In Form restriktiver Handlungsfähigkeit, also unter Bestätigung bestehender, konkurrenzförmiger Machtverhältnisse; oder als verallgemeinerte Handlungsfähigkeit, die im Interesse aller Verfügungserweiterungen erzielen will (vgl. Holzkamp 1985).

Gegenwärtig erscheinen solidarische, kollektive und auf verallgemeinerte Handlungsfähigkeit abzielende Lebenspraxen den meisten Menschen als wenig aussichtsreich, historisch desavouiert oder paradoxerweise gar mit der bestehenden Herrschaft verbandelt (Vorwurf des „linksgrün-versifft“-Seins, „Gutmenschentums“ etc.). Die den Subjekten im liberalen Kapitalismus versprochene, jedoch vorenthaltene Handlungsfähigkeit, erscheint überhaupt nur noch herstellbar als restriktive: in Form mob-artiger Demonstrationen, in denen die Ausschließung anderer gefordert wird oder in der Wahl der AfD als „Notwehr gegen das System“. Damit verbunden sind Resouveranisierungssehnsüchte und der Wunsch nach Wiederherstellung alter (patriarchaler und rassistischer) Privilegien, kurz: der Versuch der Besitzlosen, sich ei-



nes „Phantombesitzes“ zu bemächtigen, ohne dabei die Eigentumsverhältnisse anzutasten (vgl. von Redecker 2020, 12f.). Und diese Sehnsucht nach besitzförmiger Macht scheint als Ersatz für Vorenthaltenes gerade im eigentumslosen Ostdeutschland besonders naheliegend.

Diese politischen und sozialpsychologischen Dynamiken haben eine globale Dimension erlangt und tragen auch den Impuls der Lohnabhängigenklasse in sich, auf

die Fremdbestimmtheitserfahrung innerhalb kapitalistischer Gesellschaften zu reagieren. Jede lokale Konstellation hat dabei ihre Spezifik. Die Ostdeutsche hat viel mit der realsozialistischen Vergangenheit und dem Kontinuum der Transformationszeit bis heute zu tun, in dem die historische Enteignungserfahrung durch das eigene Erleben relativer Marginalisierung immer wieder reaktualisiert wird.

## LITERATUR

**Decker, Oliver, Johannes Kiess, Katharina Rothe, Marliese Weißmann, Elmar Brähler (2014)**

Wohlstand, autoritäre Dynamik und narzisstische Plombe: Psychoanalytisch-sozialpsychologische Beiträge zur Kritik der postdemokratischen Gesellschaft. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 27 (1), 63-75.

**Holzcamp, Klaus (1985)**

Grundlegung der Psychologie. Frankfurt/Main/New York.

**Senghaas, Dieter (1974)**

Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt/Main.

**Massey, Doreen (1983)**

Industrial Restructuring as Class Restructuring: Production Decentralization and Local Uniqueness. In: *Regional Studies* 17 (2), S. 73–89.

**von Redecker, Eva (2020)**

Revolution für das Leben. Philosophie der neuen Protesformen, Frankfurt/Main.

## ZUM WEITERLESEN

**Intelmann, Dominik (2020)**

Kapitalmangel und Transferabhängigkeit. Zur Politischen Ökonomie Ostdeutschlands, in: Becker, Sören, Matthias Naumann (Hrsg.): *Regionalentwicklung in Ostdeutschland*, Berlin, Heidelberg, S. 99-110.

**Intelmann, Dominik (2022)**

Unbesorgtes Eigentum. Vom bemerkenswerten Vergessenwerden des Volkseigentums während der friedlichen Revolution, in: Leistner, Alexander, Monika Wohrab-Sahr (Hrsg.): *Das umstrittene Erbe von 1989: Zur Gegenwart eines Gesellschaftszusammenbruchs*, Göttingen, S. 291-309.





# Ostdeutsche sind nicht alle weiß. Migrantische Perspektive des Ostens auf den Osten

Migration war schon immer ein Teil von Ostdeutschland. Wie sollte eine emanzipatorische Linke in Ostdeutschland aussehen? Von Lena Saniye Güngör (Psychologin, Ethikerin, Mitglied des Landtages Thüringen für DIE LINKE; geb. 1993)

Wenn wir Ostidentitäten in Blick nehmen, fällt auf, dass die migrantischen Perspektiven oft fehlen. Falls sie dann doch in den Fokus genommen werden, mangelt es oftmals an Differenziertheit. Sogenannte Vertragsarbeiter\*innen zu Zeiten der DDR, Migration während der Wendezeit und die seit ca. 10 Jahren stattfindende Migration, die meist unter dem Begriff „Geflüchtete“ gelabelt wird: Diese Menschen haben einen wichtigen Beitrag geleistet und leisten ihn immer noch. Wenn aber über Ostidentitäten gesprochen wird, wurden und werden Migrant\*innen oftmals nicht miteingeschlossen. Wer hat die Deutungshoheit zu entscheiden, welche Biographien mitgemeint sind? Wer aus den migrantischen communities wird sich selbstbewusst als „Ossi“ bezeichnen können?

Auch wenn über die gesellschaftlichen und biographischen Umwälzungen nach der Wende gesprochen wird, wird offensichtlich: Es fehlen all diejenigen, die wirtschaftlich für die DDR relevant waren, aber nach der Wiedervereinigung ihre Arbeitsplätze verloren haben, deren Studien- oder Berufsabschlüsse nicht anerkannt wurden und jene, die mit Rückreisepremien zurück in „ihre Herkunftsländer“ gehen mussten.

Viele derjenigen, die sich mit Ostidentitäten beschäftigen und postmigrantische und rassismuskritische Perspektiven einbringen, sind unter 40 Jahre alt. Das ist kein zufälliges Moment, sondern hat auch damit zu tun, dass Migrant\*innen in zweiter und dritter Generation andere Zugangsvoraussetzungen und Möglichkeiten haben um sich beispielsweise rhetorisch, literarisch und politisch einbringen zu können. Dieses diverse Feld ist an vielen Stellen noch unsichtbar.

Die Unsichtbarkeit (der Differenziertheit) der Migrant\*innen im Osten hat auch zur Konsequenz, dass sie im politischen Feld weniger mitgedacht werden und weniger aktiv sind. Zwar ist Die Linke per se eine pluralistische Partei, aber weniger vielfältig als es ihr Anspruch ist. Das wird bei migrantischen Vernetzungstreffen deutlich, sowohl bei bundesweiten Treffen als auch bei einer eigenständigen Ostvernetzung. Umso wichtiger ist es die Ostvernetzung, wie beispielsweise das Format „Haymat Ost Konferenz“, zu verstetigen und neue migrantische Stimmen zu gewinnen. Ziel muss es sein migrantische Perspektiven auf den Osten sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei stärker sichtbar zu machen.

Das Bild, das hingegen die AfD, aber in Teilen auch CDU, FDP und SPD, vom Osten zeichnet, unterscheidet sich von den Linken in ihrem Bild auf marginalisierte und migrantisierte Menschen. Diese Parteien engen den Diskurs um Migration auf eine „Nutzungslogik“ ein und haben kein eigenständiges Bild eines migrantischen Ostens. In Abgrenzung dazu ist es zentraler Ansatzpunkt der Linken, ein vielfältiges und authentisches Bild des Ostens zu präsentieren, einschließlich des migrantischen Ostens als politisches Feld.

Eine Migrantin im Parlament muss nicht für Migrationspolitik verantwortlich sein. Migrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Wenn Arbeits- und Gewerkschaftspolitik richtig verstanden und umgesetzt wird, dann beinhaltet das auch migrantische Politik und sollte die Klassenperspektive der Linken repräsentieren, um für die Belange lohnabhängig Beschäftigter und die auf dem Arbeitsmarkt schlechter gestellten Migrant\*innen zu kämpfen. Im Kontext der gewerkschaftlichen Organisation rund um die Frage des migrantischen Ostens sieht man, dass von Migrant\*innen organisierte Streiks, wie bei amazon, oftmals als sogenannte „Wilde Streiks“ deklassiert werden.

Umso wichtiger wird an dieser Stelle die Klassenperspektive. Angesichts von Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel sowie der demografischen Entwicklung nach der Abwanderung in den 90er Jahren wird deutlich, dass es nicht nur darum geht, demografische Lücken zu füllen und die „guten und wichtigen Arbeits- und Fachkräfte nach Deutschland“ zu holen, wie es die CDU fordert. Dieser bürgerliche Anschluss, der faktisch eine rassistische Unterwanderung des Arbeitsmarktes und der Belegschaften beinhaltet, wiederholt das, was (Groß-) Eltern in Ost und West erleben mussten. Deswegen ist es umso wichtiger als gesellschaftliche und politische Linke darauf zu achten, dass sich dies nicht wiederholt. Vielmehr muss konkretisiert werden:

Was beinhaltet gute Arbeit und wie kann sie für alle geschaffen werden? Was sind angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen?

Im Unterschied zu den anderen Parteien setzen wir als Die Linke uns dafür ein, dass die Arbeitswelt inklusiver und gerechter wird und dass migrantische Perspektiven sichtbarer werden.



# Männer aus Stahl Plüschproleten – O Erfahrungen in der

Jonas Brückner (geb. 1989, Kulturwissenschaftler, Universität Freiburg)

Der Input bietet einen Überblick, anhand welcher Erzählungen und Zugänge DDR-Herkünfte und ostdeutsche Lebensrealitäten (oder Vorstellungen davon) in der jüngeren, populären Musik thematisiert werden. Mittels ausgewählter Beispiele wird dargestellt, welche „Angebote“ an (ostdeutschen) Selbstverständnissen die Songs damit machen. Ziel des Inputs ist es, eine Diskussion darüber zu eröffnen, welche dieser Angebote für eine emanzipatorische, politische Bezugnahme nutzbar gemacht werden können, welche besser nicht, und welche Leerstellen es nach wie vor gibt.

1

Die musikalische Bearbeitung vom Umbruch 1989/90 und ostdeutschen Erfahrungsräumen ist Teil von einem größeren Krisen-/Problemdiskurs. Das ist erst einmal wichtig und okay, weil Repräsentation und Anerkennung dieser Problemlagen eine Voraussetzung für ihre Bearbeitung ist.

2

Prädikat „besonders wertvoll“ gibt's von mir für Erzählungen, die längere Linien und Kontinuitäten herausstellen, nach wie vor für Kritik an „Einheits-/Freiheits-/Erfolgserzählungen“ und Erzählungen, die Ambivalenzen herausstellen. In der Musik etwa bei Zugezogen Maskulin (Uwe & Heiko“, „Steine und Draht“), Ostberlin Androgyn („Kati Witt“), Romano („König der Hunde“), Pisse („Scheiß DDR“).

3

„Ostdeutsche Identitätspolitik“ - schwierig. Das meint nicht Erkundungen eigener Herkunft und Prägung, dass soll und muss natürlich seinen Raum haben. Schwierig ist daran vor allem, dass eine Politik, die auf einen ostdeutschen Erfahrungszusammenhang abzielt oder darauf aufbauen will, schnell droht, in rechte Identitätspolitik abzurutschen. Das meint „Ostdeutschland“ über Gegensatzzuspitzungen herzustellen, als homogen und dann auch als „eigentlich überlegen“ darzustellen (Stichwort „Underdog-Überlegenheit“). Bei Ansätzen, die so etwas von links machen wollen, käme es darauf an, dass sie auf Überlegenheitsbehauptungen verzichten und darüber hinaus offen bleiben, sowie aktiv Unterschiedlichkeit und Veränderlichkeit innerhalb dieses „Ostdeutschland“ anerkennen.

Wichtig wäre hier meiner Meinung nach, sich nicht einseitig auf den (wichtigen) Aspekt „ostdeutschlandklassenspezifischer“ Benachteiligung (etwa entlang von Löhnen, Eigentumsverhältnissen, Erbe, Chance auf Führungspositionen) zu beschränken. Sondern diesen stets mit anderen, deutlich heterogeneren Gruppenerfahrungszusammenhängen zu denken (bspw. von Queers, Frauen, Migrant\*innen, Rassismusbetroffene, durchaus auch spezifisch männliche Dimensionen). Das ist nicht einfach und kann auch nicht immer alles gleichzeitig mitdenken/adressieren, sollte aber eine prinzipieller Leitgedanke sein.

# und süße Ostdeutsche populäre Musik

4

Lasst uns auf die Lücken und Brücken schauen.

Das meint einerseits eher oder stark marginalisierte Perspektiven, die eben kein – wie oft missverstanden – „nice to have“ oder Repräsentationsselbstzweck sind, sondern immer auch die Normalität der Dominanzgesellschaft herausfordern – was im Sinne einer emanzipatorischen Politik für alle Sinn macht.

Und das meint andererseits Ansätze, die Themen, Zeiten oder Perspektiven verbinden, die erst einmal nichts gemein zu haben scheinen. Ganz im Sinne der guten alten Losung „Kämpfe verbinden!“.

Beispiele hierfür gibts in der Musik wenige, interessant da z.B. „Mein Revier“, Eko Fresh, Finch, Hakan Abi, G Style / oder „Nachts“, Max Herre feat. Veronika Fischer (1972/2019), „Anger 1975“, Sonne Ra/doZ9.

Das da was geht, sehen wir kulturell vor allem in der Literatur/Graphic Novels, z.B. Jackie Thomae „Brüder“, Olivia Wenzel „1000 Serpentina Angst“, Birgit Wehde „Madgermanes“, Mirna Funks Romane, Nellja Veremej „Berlin liegt im Osten“, Antje Ravik Strubel, May Ayim, Regina Scheer und Paula Irmschler.

Weitere Tipps für verbindende Ansätze in der Musik: „Maskulina“/Vandalismus und „Patchworkwendekids“/Pöbel MC

5

Lets start a Band! Es gibt noch viel zu besprechen.

## LITERATURVERWEISE:

**Jonas Brückner**

(Geschichte Universität in Freiburg)

**Jonas Brückner & Anja Menger (2023)**

Von harten Thekenkriegern und süßen Plüschproleten. Ostdeutsche Erfahrungsräume und Geschlechterverhältnisse im Hip-Hop. In: Pop-Zeitschrift, 9.1.2023

**Jonas Brückner (2022)**

DDR und ostdeutsche Erfahrungsräume in der fiktionalen Literatur. Von 1989 bis kurz vor Jetzt, erschienen auf der Projektwebsite 89goespop.de.

**Jonas Brückner (2022)**

Brüche, S-Bahn-Surfen, Neuanfänge. Populäre Repräsentationen von 89/90, in: Alexander Leistner/Monika Wohlrab-Sahr (Hrsg.), Das umstrittene Erbe von 1989, Köln/Weimar/Wien, S. 215-239.

